



POSTANSCHRIFT Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, 11055 Berlin

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Thomas Rachel

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18 57-5020

ZENTRALE +49 (0)30 18 57-0

FAX +49 (0)30 18 57-5520

E-MAIL Thomas.Rachel@bmbf.bund.de

HOMEPAGE www.bmbf.de

DATUM Berlin, 23. März 2017

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck, Kai Gehring u. a. und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**„Widersprüchliche Informationspolitik des Max-Planck-Instituts für ethnologische
Forschungen im Fall Dr. Norman Finkelstein“**

- BT-Drs. 18/11459 -

ANLAGE - 4 Doppel -

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die Fragesteller sehen in der Freiheit von Wissenschaft und Forschung, die grundgesetzlich verankert ist, ein hohes, zu schützendes Gut. Die Lehrfreiheit garantiert die Lehre inhaltlich und methodisch frei zu gestalten und die wissenschaftliche und künstlerische Lehrmeinung frei zu äußern. Gleichwohl sollten Prinzipien und Standards von Wissenschaftlichkeit, Werturteilsfreiheit und Gewissensfreiheit beachtet werden und in der Ausgestaltung wissenschaftlicher Praxis, insbesondere in Forschungseinrichtungen, die aus dem Bundeshaushalt gefördert werden, Anwendung finden.

Auf Einladung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschungen in Halle hielt Dr. Norman Finkelstein am 16. Januar 2017 einen Vortrag und am 23. Januar 2017 einen

Workshop. Aufgrund seiner bisherigen Veröffentlichungen wurde dies von zivilgesellschaftlichen Akteuren im In- und Ausland, von jüdischer Gemeinde und aus der Politik kritisiert. Dabei spielte die Infragestellung der wissenschaftlichen Haltbarkeit seiner Publikationen eine zentrale Rolle (Wuliger in der Jüdischen Allgemeine vom 19. Januar 2017: „Postfaktisches in Halle“ <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27521>, Jüdische Allgemeine 19. Januar 2017, Proteste gegen umstrittenen Politologen Finkelstein in Halle <http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Proteste-gegen-umstrittenen-Politologen-Finkelstein-in-Halle>, DNN 25.1.2017).

In der Vergangenheit hat sich Dr. Norman Finkelstein antizionistisch geäußert und relativierte Terroraktionen gegen israelische Zivilisten: Am 20. Januar 2008 in einem TV-Interview mit dem libanesischen Fernsehsender „Future TV“ erklärte Finkelstein seine Solidarität mit der Terrororganisation Hizbollah (<https://www.youtube.com/watch?v=bDe65-nF3FQ>); im Mai 2016 äußerte er sich relativierend zu Terroranschlägen der Hamas auf israelische Zivilisten während einer Debatte beim Left Forum in New York City: „Unter internationalem Recht, die Hamas, die Palästinenser – nichts im internationalen Recht hindert sie daran, Waffengewalt anzuwenden um die Besatzung zu beenden. [...] Für mich ist das keine wichtige Frage. Gesetzlich haben sie das Recht dazu. Moralisch – meiner Meinung nach – haben sie das Recht.“ („Now, under international law, Hamas, the Palestinians – nothing in international law debars them from using armed force to end the occupation. [...] For me that’s not an important question. Legally, they have the right. Morally, in my opinion, they have the right.“ Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=EcVytIz1gCE>). Finkelsteins Buch „Die Holocaust-Industrie: Wie das Leid der Juden ausgebeutet wird“ und seine darin geäußerten, falschen Vorwürfe gegen die Jewish Claims Conference, werden für fehlende wissenschaftliche Präzision und Sachlichkeit sowie diffamierende Äußerungen kritisiert (<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/die-holocaust-industrie-debatten-um-das-boese-buch-a-116076.html>). Das Buch fand insbesondere auch bei deutschen Rechtsextremisten ein positives Echo.

Bei der Kommunikation über die Veranstaltung mit Dr. Finkelstein gibt es eine Reihe von Ungereimtheiten und Widersprüchen, die bei den Fragestellern Zweifel an wissenschaftlicher Haltbarkeit, Wahrhaftigkeit und Transparenz aufkommen lassen:

Der Öffentlichkeit wurde am 18. Januar 2017 mitgeteilt, Finkelstein halte am 23. Januar 2017 einen Workshop zum Thema „Rechtfertigung des Einsatzes von staatlicher Gewalt“ (Pressemitteilung des Max -Planck-Instituts vom 18. Januar 2017 http://www.eth.mpg.de/4315830/news_2017_01_18_01).

Zu dieser Veranstaltung am Max-Planck-Institut in Halle wurde mit einem Plakat und online auf der Seite von Finkelstein (Max Planck Institute for social Anthropology: 23. January 2017 Norman Finkelstein: GAZA: an inquest into its martyrdom. „preregistration requested by 20 January to marencakova@eth.mpg.de“ http://normanfinkelstein.com/wp-content/uploads/2016/12/Workshop_Finkelstein_KM161221-2.pdf, gespiegelt nur noch erreichbar unter: http://nokrauts.org/wp-content/uploads/2017/01/Workshop_Finkelstein_KM161221-2.pdf) geworben, dass den Selbstverteidigungscharakter der israelischen Militärationen im Rahmen der Operation „Gegossenes Blei“ 2014, den Abschuss von Raketen durch die Hamas auf israelische Zivilisten und die Existenz von illegalen Tunneln aus dem Gazastreifen nach Israel, bezweifelt. Das Plakat ist mit dem offiziellen Logo des Max-Planck-Instituts Halle versehen worden, womit die darauf gemachten Angaben als Aussagen des Max-Planck-Instituts gewertet werden können. Aus dem Plakat geht hervor, dass es sich bei dem Veranstaltungsformat um einen Vortrag von Dr. Finkelstein über den israelischen Militäreinsatz „Protective Edge“ im Sommer 2014 handelt. Zudem wird auch das bald erscheinende Buch von Dr. Finkelstein mit dem Titel „Gaza: An inquest into its martyrdom“ erwähnt. Es wird um eine Vorabanmeldung gebeten. Ein Hinweis darauf, dass es sich um eine interne, nicht-öffentliche Veranstaltung handelt, findet sich auf dem Plakat nicht. Laut Pressemitteilung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung in Halle, das bis zum 22.01.17 aktuell war, sollte das Thema des Seminars "Rechtfertigung des Einsatzes von staatlicher Gewalt" sein. Seit dem 23. Januar 2017 ist jedoch aufgrund eines Addendum klar, dass das Thema des Seminars "Gaza: an inquest into its martyrdom" war.

Der Präsident der Max Planck Gesellschaft (MPG), Prof. Dr. Martin Stratmann, schreibt dazu: „Unter dem Logo des Institutes und damit auch der MPG werden Dinge behauptet, die vielleicht faktisch falsch sind. Der Flyer enthält eben doch politische Aussagen (keine Selbstverteidigung Israels, keine Raketen durch Hamas ...), die sich kaum durchhalten lassen und als Aussagen der MPG gewertet werden können. Offen gesagt weiß ich nicht, wie wir mit diesem Flyer in einen öffentlichen Disput gehen können. musste das sein? Ist das vom Institut autorisiert oder von Herrn Finkelstein lanciert?“ (Mail vom 22. Januar 2017 Stratmann an MdB Beck und Verantwortliche der MPG).

In einem undatierten Addendum (vom 23. Januar 2017) einer Pressemitteilung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung Halle vom 18. Januar 2017 wird behauptet, dass es sich von Anfang an um eine interne Veranstaltung gehandelt hätte. Dem steht der Umstand entgegen, dass sich zum einen Externe haben anmelden können, da spezifische

Anmeldekriterien nicht genannt waren. Zum anderen wurden externe Interessenten per E-Mail erst am 22. Januar 2017 um 21.50 Uhr (16h vor Veranstaltungsbeginn) eingeladen, nachdem also die Kritik an der Veranstaltung bereits öffentlich war.

Der Workshop sei nur „Teil einer Reihe“ von Seminaren, „in der die unterschiedlichsten Positionen zu diesem sicher sehr schwierigen Thema beleuchtet werden sollen“, behauptet Prof. Dr. Marie-Claire Foblets in einer Mail an Volker Beck, der die Veranstaltung kritisiert hatte.“ (Alan Posener: „Umstrittener Politologe: Max-Planck-Institut bietet Israel-Hasser ein Podium“, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161430779/Max-Planck-Institut-bietet-Israel-Hasser-ein-Podium.html>, Die Welt vom 23. Januar 2017). Über weitere Veranstaltung in dieser „Reihe“ ist bislang trotz Nachfragen nichts bekannt.

In einem Schreiben des MPG-Präsidenten an die Bundesministerin für Bildung und Forschung heißt es u.a., Gutachter würden über das Buchmanuskript sagen: „Das Manuskript von Dr. Finkelstein ist genial...“. In einem Artikel der Zeitung „Die Welt“ vom 23. Januar 17 wird die Unabhängigkeit der internationalen Gutachter zu Dr. Finkelsteins Oeuvre angezweifelt. Unter Berufung auf die MPG-Pressesprecherin Dr. Christina Beck berichtet „Die Welt“: „Mit dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit ist das anders“, so Kiewitz. „Die Peer Review zu seinen aktuellen Papers sind hier wirklich deutlich“. Sprich: Kollegen von Finkelstein haben sein Gaza-Buch gelobt. Sie heißen John J. Mearsheimer, der bislang nicht als Experte für Gaza in Erscheinung getreten ist, wohl aber als Co-Autor eines Buches über den üblen Einfluss der ‚Israel-Lobby‘ auf die Politik der USA; Avi Shlaim, der zu einem Boykott Israels aufgerufen hat; William Quandt, der in Mearsheimers Buch zustimmend zitiert wird als Kritiker des ‚Pro-Israel-Chors‘; Talal Asad, der als Kritiker des Säkularismus hervorgetreten ist; und John Dugard, der Israels Politik in der Westbank als „ähnlich der Apartheid“ bezeichnet hat.“ (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article161430779/Max-Planck-Institut-bietet-Israel-Hasser-ein-Podium.html>, Die Welt vom 23. Januar 2017).

Die Bundesregierung betrachtet den Vorgang mit Sorge:

„Die Ministerin und damit auch die Bundesregierung teilt Ihre kritische Sicht auf die Veranstaltung des Max-Planck-Instituts in Halle. Sie wissen, dass der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft – der Brief liegt Ihnen ja ebenfalls vor – hier bereits dazu Stellung genommen hat, und ich darf dazu zitieren: Das BMBF sieht mit Sorge, wenn im Kontext kontroverser Wissenschaftsdiskussionen möglicherweise antisemitischen Thesen eine Plattform geboten werden könnte. Dann wird auf das eingegangen, auf das Sie jetzt auch Bezug nehmen, dass wir die Max-Planck-Gesellschaft auffordern, diesen Vorgang auch noch einmal

aufzuarbeiten. Eine Antwort der Max-Planck-Gesellschaft liegt bislang nicht vor.“
(Staatssekretär Stefan Müller laut Plenarprotokoll, Bundestagsdrucksache 18/214, 21427)

Vorbemerkung der Bundesregierung:

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) hat sich zu den in der Vorbemerkung der Fragesteller genannten Vorwürfen öffentlich mehrfach eindeutig positioniert. Dr. Finkelsteins wissenschaftliche Arbeiten und politische Äußerungen sind umstritten. Weder die MPG noch das Max-Planck-Institut (MPI) für ethnologische Forschung machen sich die Positionen von Dr. Finkelstein zu Eigen.

Frage 1:

Hat die Max-Planck-Gesellschaft ihren Bericht über den Vorgang inzwischen zugesagt?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 1a) wird verwiesen.

a) Wann wird die Max-Planck-Gesellschaft den Bericht vorlegen?

Antwort:

Die MPG hat den Bericht am 28. Februar 2017 übermittelt.

b) Wird die Bundesregierung den Bericht dem Bundestag zur Verfügung stellen?

Antwort:

Die Stellungnahme der MPG ist als Anlage beigefügt.

c) Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass damit alle Fragen an die wissenschaftliche Begründetheit der Veranstaltung transparent, umfassend und wahrhaftig beantwortet wurden?

Antwort:

Ja.

d) Wie beurteilt die Bundesregierung die widersprüchliche Kommunikation des Max-Planck-Instituts zu den Komplexen wissenschaftliche Rechtfertigung, Problematik intern/extern, Titel der Veranstaltung, angebliche Veranstaltungsreihe zu Nahost?

Antwort:

Die Bundesregierung bewertet die öffentliche Darstellung der Veranstaltungen kritisch. Dass sich ein Institut für ethnologische Forschung, das auch die Konfliktforschung zu seinem Themenspektrum zählt, auch mit umstrittenen Positionen befassen muss, liegt in der Natur der Sache. Die genannten Veranstaltungen hätten aber von einer deutlichen forschungspolitischen Einordnung durch das Institut begleitet werden sollen.

Frage 2:

Was hat die Max-Planck-Gesellschaft zu den nachfolgenden Fragen in dem Bericht an die Bundesregierung oder auf Nachfrage gegenüber der Bundesregierung geäußert?

Antwort:

Auf die nachfolgenden Antworten wird verwiesen.

Frage 3:

Wie erklärt die Max-Planck-Gesellschaft gegenüber der Bundesregierung, weshalb den externen Teilnehmenden erst am Sonntagabend, 22. Januar 2017, vor dem Workshop von Dr. Finkelstein abgesagt wurde?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 3e) wird verwiesen.

a) Wie viele Teilnehmer haben nach Kenntnis der Bundesregierung sich bis zum 23. Januar 2017 jeweils intern und jeweils extern angemeldet?

Antwort:

Es gab 32 interne Teilnehmer. 13 externe Anmeldungen lagen vor.

b) Von wann bis wann erfolgten nach Kenntnis der Bundesregierung die internen und externen Anmeldungen?

Antwort:

Anmeldungen waren ab der 1. Kalenderwoche 2017 intern möglich.

- c) Wie viel externen Angemeldeten wurde nach Kenntnis der Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt abgesagt (Im Fall von mehreren Absageterminen bitte Zahl der Absagen zum jeweiligen Termin aufführen)?

Antwort:

Allen 13 externen Angemeldeten wurde am Sonntag, dem 22. Januar 2017 abgesagt.

- d) Wer verantwortet nach Kenntnis der Bundesregierung die Einladung und Ausladung von Externen für den Workshop beim MPI Halle und bei der MPG?

Antwort:

Das MPI hat zu keinem Zeitpunkt externe Teilnehmer zu dem Workshop eingeladen. Externe waren nur zu dem öffentlichen Vortrag von Dr. Finkelstein am 16. Januar 2017 geladen. Dieses Missverständnis hat Frau Prof. Foblets mit Mail vom 22. Januar 2017 an die externen Angemeldeten ausgeräumt und mitgeteilt, dass eine Teilnahme an einem internen Workshop nicht möglich ist.

Frage 4:

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch zur Verfügung stellen des Template/Plakats sich das Max-Planck-Institut Halle auch für den Inhalt mitverantwortlich macht?

Antwort:

Auf die Antworten zu den nachfolgenden Teilfragen wird verwiesen.

- a) Teilt die Bundesregierung die Ansicht des MPG-Präsidenten, dass „[u]nter dem Logo des Institutes und damit auch der MPG Dinge behauptet [werden], die vielleicht faktisch falsch sind“?

Antwort:

Die hier zitierte Äußerung des MPG-Präsidenten ist ein Beitrag zur internen Diskussion des Vorgangs innerhalb der MPG. Er selbst hat sich mehrfach dahingehend geäußert, dass sich weder das genannte Institut noch die MPG die Thesen Dr. Finkelsteins zu Eigen macht.

- b) Teilt die Bundesregierung die Ansicht des MPG-Präsidenten, dass „[d]er Flyer eben doch politische Aussagen (keine Selbstverteidigung Israels. keine Raketen durch Hamas“) [enthält], die sich kaum durchhalten lassen und als Aussagen der MPG gewertet werden können“?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 4a wird verwiesen.

- c) Wie beantwortet das MPI nach Kenntnis der Bundesregierung die Frage des MPG-Präsidenten: „Ist das vom Institut autorisiert oder von Herrn Finkelstein lanciert?“

Antwort:

Es handelt sich hierbei um eine institutsinterne Seminarankündigung. Das MPI nutzt dafür ein Template, der Ankündigungstext zum Seminar wird vom jeweiligen Referenten geliefert. Das MPI bedauert, den Text vorab nicht sorgfältig geprüft zu haben.

- d) Wer war nach Kenntnis der Bundesregierung ab wann bei MPG/MPI über das Template/Plakat informiert?

Antwort:

Die Generalverwaltung wie auch der Präsident der MPG werden über Ankündigungstexte zu institutsinternen Veranstaltungen nicht informiert. Beiden ist der Text dieser Seminarankündigung erst wenige Tage vor dem institutsinternen Workshop bekannt geworden. Der Text war Grundlage für die institutsinterne Ankündigung und lag dem MPI seit der 1. Kalenderwoche 2017 vor.

- e) Wer verantwortet nach Kenntnis der Bundesregierung das MPI- Templates/Plakats „GAZA: an inquest into ist martyrdom“ beim MPI Halle und bei der MPG?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 4c wird verwiesen.

- f) Falls das MPI Halle oder die MPG von dem Template/Plakat nichts wusste, welche Konsequenzen hatte die Eigenmächtigkeit für die Verantwortlichen?

Antwort:

Das MPI wird zukünftig die internen Seminar- und Workshop-Ankündigungen von Gastwissenschaftlern – unabhängig von einer ggf. notwendigen Prüfung – mit einem Disclaimer versehen ("Speakers abstract"), um deutlich zu machen, dass der Inhalt nicht vom MPI stammt.

- g) Wie beurteilt die Bundesregierung die politischen Aussagen im Template/Plakat, GAZA: an inquest into its martyrdom", insbesondere hinsichtlich der Aussagen „keine Selbstverteidigung Israels“, „keine Raketen durch Hamas“ etc. auf ihrer wissenschaftliche Vertretbarkeit und teilt sie diese Aussagen?

Antwort:

Die Bundesregierung teilt die Aussagen nicht.

- h) Ist „Martyrdom“-nach Kenntnis der Bundesregierung ein politikwissenschaftlicher Fachbegriff oder ein Begriff aus der religiösen oder politischen Propaganda?

Antwort:

Selbstredend ist für die Benutzung solcher Schlagworte der textliche und inhaltliche Zusammenhang von entscheidender Bedeutung. Der Begriff wird gegenwärtig häufig im Kontext islamistischer Propaganda verwendet.

- i) Welche anderen Politikwissenschaftler benutzen nach Kenntnis der Bundesregierung diesen Begriff „Martyrdom“ in der internationalen Konfliktforschung in welchem Zusammenhang?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 4h wird verwiesen.

Frage 5:

Inwiefern handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Einladung von Herrn Dr. Finkelstein zu Vortrag und Workshop angesichts seiner aus Sicht der Fragesteller pseudo- oder populärwissenschaftlichen Werke um einen wissenschaftlich begründeten oder begründbaren Vorgang, insbesondere hinsichtlich der wissenschaftlichen Objektivität und wissenschaftlicher Pluralität?

Antwort:

Auf die Antworten zu den Fragen 1c) und 1d) sowie den nachfolgenden Teilfragen wird verwiesen.

a) Auf welche Gutachter bezieht sich nach Kenntnis der Bundesregierung Frau Prof. Dr. Foblets in ihrem Schreiben an Herrn Volker Beck MdB vom 24. Januar 2017, die Herrn Finkelsteins wissenschaftliches Oeuvre insgesamt loben? (Bitte Namen mit jeweiliger Quelle nennen.)

Antwort:

Das MPI hat um Stellungnahme zum wissenschaftlichen Werk von Dr. Norman Finkelstein gebeten und hat Gutachten u. a. von den folgenden Personen erhalten: John J. Mearsheimer, Talal Asad, John Dugard, Sara Roy, Stephen Reyna, Avi Shlaim und William Quandt.

b) Auf welche Quellen beziehungsweise Gutachter bezieht sich Herr Prof. Dr. Stratmann nach Kenntnis der Bundesregierung in seinem Schreiben vom 23. Januar 2017 an Frau Bundesministerin Prof. Dr. Wanka auf Seite 2 des Briefes?

Antwort:

Die Gutachten zu dem im Herbst 2017 in der California University Press erscheinenden Buch von Dr. Norman Finkelstein liegen dem MPI und der MPG vor. Der Präsident zitiert in seinem Schreiben aus diesen Gutachten. Die MPG und das MPI sind nicht autorisiert, die Namen der Gutachter für das Buch öffentlich zu machen. Sie verweisen in dieser Angelegenheit an den Verlag in den USA.

c) Sind die im Artikel der Welt genannten Namen nach Kenntnis der Bundesregierung falsch?

Antwort:

Im Artikel der WELT werden die Gutachter für das Buch verwechselt mit den Verfassern der in der Antwort auf Frage 5a) genannten, vom MPI eingeholten Gutachten zur Einordnung der wissenschaftlichen Arbeiten von Dr. Norman Finkelstein. Frau Prof. Foblets hat darauf in einem persönlichen Schreiben an Herrn Abgeordneten Volker Beck bereits hingewiesen.

d) Sind folgende Personen nach Kenntnis der Bundesregierung Teil des zitierten peer-reviews:

- John J. Mearsheimer,
- Avi Shlaim,
- William Quandt,
- Talal Asad,
- John Dugard?

Antwort:

Auf die Antworten zu Fragen 5a und 5b wird verwiesen.

e) Sind folgende Personen nach Kenntnis der Bundesregierung definitiv nicht Teil des zitierten peer-reviews

- John J. Mearsheimer,
- A vi Shlaim,
- William Quandt,
- Talal Asad,
- John Dugard?

Antwort:

Auf die Antworten zu Fragen 5a und 5b wird verwiesen.

Frage 6:

Zu welcher „Reihe“ von Seminaren am MPI für ethnologische Forschung, in der die unterschiedlichsten Positionen zu diesem sicher sehr schwierigen Thema beleuchtet werden sollen“ (Zitat nach Prof. Dr. Foblets in ihrer E-Mail an Volker Beck), gehören nach Kenntnis der Bundesregierung die Veranstaltungen mit Finkelstein?

Antwort:

Auf die Antworten zu den nachfolgenden Teilfragen wird verwiesen.

- a) Welche weiteren Referenten und Themen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der von Frau Prof. Dr. Foblets angekündigten internen Veranstaltungsreihe bis Januar 2017 bereits aufgetreten?

Antwort:

Das umfassende Gastwissenschaftler-Programm ist zentral für die Forschung am Institut. Jährlich sind im Schnitt 25 Wissenschaftler aus anderen Institutionen am MPI zu Gast. In der Abteilung von Frau Prof. Dr. Foblets sind fortlaufend Experten geladen, die sich mit Konfliktforschung befassen. Von Interesse ist dabei die Frage, wie in unterschiedlichen Ländern Spannungen gelöst werden, die durch verschiedene Religionen, die Verteilung von Land, den Zugang zu Macht und weitere Faktoren ausgelöst werden.

- b) Welche weiteren Referenten und Themen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der von Frau Prof. Dr. Foblets angekündigten internen Veranstaltungsreihe noch geplant?

Antwort:

Im Sommer 2017 sind u. a. Ido Shachar, Universität Haifa, und Yuksel Sezgin, Syracuse University, geladen.

Frage 7:

Wer war nach Kenntnis der Bundesregierung an der Abstimmung der Pressemitteilung vom 18. Januar 2017 beteiligt und wer ist dafür verantwortlich, dass die Öffentlichkeit mit dem Titel „Rechtfertigung des Einsatzes von staatlicher Gewalt“ zunächst in die Irre geführt und erst durch das Addendum vom 23. Januar 2017 über den tatsächlichen Veranstaltungstitel und -inhalt informiert wurde?

Antwort:

Es handelt sich um eine Pressemitteilung des MPI. Es ging in dem internen Workshop ganz zentral um die Frage der Rechtfertigung des Einsatzes von staatlicher Gewalt. Der Gaza-Konflikt diente hier als Beispiel.

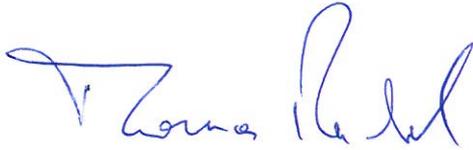
Frage 8:

Was will nach Kenntnis der Bundesregierung das Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle mit der Aussage „(...) auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit jüdischem Hintergrund sind heute -70 Jahre nach dem Holocaust -wieder forschend in der Max-Planck-Gesellschaft tätig“, (wie sie in der Stellungnahme vom 18. Januar 2017 zu lesen ist) bezwecken?

Antwort:

Die MPG hält es für unangemessen, die Einladung von Dr. Finkelstein mit dem Vorwurf des Antisemitismus gegenüber der MPG zu verknüpfen und weist diesen als vollkommen unbegründet zurück.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Thomas Rachel', with a stylized flourish at the end.

Thomas Rachel

Anlage

MPI Halle, Department of "Law & Anthropology"
Workshop by Dr. Norman Finkelstein, 23 January 2017 - *Summary*

On Monday 23 January, the Department of Law & Anthropology held a workshop 'Gaza: an inquest into its martyrdom' (named after the upcoming monograph of the speaker; California U.P., fall 2017) that was part of our researchers' training. The workshop was divided into three distinct parts: first, an introduction by the speaker; second, a Q & A session; and third, technical legal discussions.

The meeting was designed to focus on two texts in particular: first, the Report containing the main findings and recommendations of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council Resolution S-21/1 on the Human Rights Situation in Palestine (United Nations, General Assembly, A/HRC/29/52 of 24 June 2015; and second, Chapter 13 of the upcoming monograph of Dr. Finkelstein ('Gaza: an inquest into its martyrdom', California University Press, in *press*). The theme being 'the legitimate use of violence by the state' in conflict situations, and in the Gaza-Israel conflict in particular.

The third and by the same token most important part of the workshop involved legal discussions regarding which facts (supported by evidence) can technically be argued to constitute 'disproportionate', 'indiscriminate' or 'deliberate' attacks on civilians in times of conflict, but we were also able to touch upon broader debates concerning the roles of law, morality and public opinion in such contexts. Possible ways forward were discussed, and Dr. Finkelstein offered us insights into how his positions have developed, starting from his own upbringing in the US as a child of two Holocaust survivors.

Below is a brief summary of the main points that were addressed during each part of the workshop:

Part I: Presentation (introduction) by Dr. Finkelstein

Dr. Finkelstein opened his presentation by noting the significance of the year 2017 for the Israeli-Palestine conflict as it marks the anniversaries of three landmark moments:

1. The hundredth anniversary of the Balfour declaration (1917); this was the first diplomatic victory of the Zionist movement, which—ultimately led to creation of Israeli state in 1948;
2. The half-centenary of the Israel's occupation of Gaza and West Bank (and Syrian Golan Heights) 1967 war;
3. A decade of blockage on Gaza (which started in 2007 and was internationally condemned because it constitutes collective punishment)

He noted the changes in the demographic profile of the population of Palestine in the 100 years since the Balfour declaration and gave a brief sketch of the history (warning that any short discussion and reporting of the past risks of being selective and partisan).

'Where do we stand today?' On the Israel -Palestine conflict there is a near uniform agreement on basic principles for resolving the conflict (1967 borders and two states, and a just resolution of the refugee question based on right of return and compensation). See: UN General Assembly (2014: 163 countries), International Court of Justice, and major human rights organizations such as Amnesty International and Human Rights Watch. The dissenting views are (2014): 6 countries (Israel, US, Canada, Palau, Marshall Islands, Micronesia).

This was followed by an exposé on 'excessive' versus 'proportionate' violence.

Concluding statement: put the two-states solution formally to the test.

Part II: Questions and Answers

Main questions posed by MPI researchers were addressed following the presentation by Dr. Finkelstein. We attempt to list some of the topics addressed in the questions, which show the range of inquiries. However, since there were some back-and-forth debates, this cannot reflect the richness of the debate: the concept of 'self-defense' in international law; non-violence mass protest (cf. Ghandi's doctrine on resistance); truth commissions and the role of reconciliation; and last but not least, on the role of the vocabulary utilized.

Part III: Presentation of case + discussion

Generally speaking, the principles of international humanitarian law are straightforward. Their interpretation (in a concrete setting), however, is

complicated. The workshop entailed going over the rules of IHL and then considering them in the concrete case of Operation 'Protective Edge' (2014) and the report by the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council Resolution S-21/1.

IHL (international humanitarian law - or the law of war): what is permissible in war and what is impermissible in war?

- Rule 1:** **Principle of distinction;** in war you don't target civilians or civilian objects, only enemy combatants and military objects
- Rule 7:** **(on objects)** (grey areas...) civilian homes are only civilian objects, not military objectives
- Rule 11:** **Indiscriminate** attacks are prohibited
- Rule 12:** **Indiscriminate** attacks are those:
(a) which are not directed at a specific military objective;
(b) which employ a method or means of combat which cannot be directed at a specific military objective; or
(c) which employ a method or means of combat the effects of which cannot be limited as required by international humanitarian law; and consequently, in each such case, are of a nature to strike military objectives and civilians or civilian objects without distinction.
- Rule 14:** **Principle of proportionality**
Prohibition against launching an attack which may be expected to cause incidental loss of civilian life, injury to civilians, damage to civilian objects, or a combination thereof, which would be excessive in proportion to the concrete and direct military advantage anticipated.

A discussion followed on **collateral/incidental damage** and on what is to be considered 'excessive' with regard to the expected outcome. The general principle of 'reasonableness' is well known in law, but not easy to implement.

Rule 15: The principle of precaution

In the conduct of military operations, constant care must be taken to spare the civilian population, civilians and civilian objects. All feasible precautions must be taken to avoid, and in any event to minimize, incidental loss of civilian life, injury to civilians and damage to civilian objects.

Sometimes the element of surprise is essential; in such cases warning is not feasible.

Introductory remark by Dr. Finkelstein: International humanitarian law has two audiences: lawyers and public opinion. Lawyers discuss whether the intentionality (deliberate) can be proven, and hence prosecuted technically speaking. While disproportionate/indiscriminate attacks and deliberate attacks are equally criminal under international humanitarian law, this is not the way the general public sees it: the crucial forum of public opinion reacts with greater outrage to deliberate attacks.

Application of the principles to the text of the Human Rights Council report [discussion]:

What followed was a vivid discussion on what is to be considered a 'deliberate' attack on civilians. Lawyers in the audience started discussing amongst each other how to balance the criteria of 'indiscriminate', 'proportional' and 'deliberate'. The discussion went on and on, to the point that one participant (himself not a trained lawyer) started protesting, with the following critical reflection: "listening to your discussion, it appears to me that the law provides the loopholes to get away with criminal acts". His reflection was in a sense most useful, since it warned the audience of the 'tyranny' of the law: there is a legal truth, but there is also a factual truth and international law should take both aspects into consideration. After five hours of exchange and concentrated shared reflection on the very question of what - depending on the circumstances - is to be considered justified when it comes to recourse to violence, all participants agreed that a balanced appraisal of any type of recourse to violence requires that all available evidence be placed in context:

- What are the social effects of international humanitarian law?
- How are facts (evidence) translated into legal appraisal?
- What about false comparisons? And how to handle the risks of drawing erroneous conclusions?
- How to improve procedural fairness?

This was certainly a challenging exercise, raising questions about how to address recourse to violence in situations of enduring conflict and, by the same token, whether international humanitarian law has the appropriate answers. The discussions revolved around the conflict in Gaza and the way the UN General Assembly is responding to the situation. What made the workshop relevant is the way Dr. Finkelstein assessed the question to what extent international law is attuned to addressing humanitarian issues. From a scholarly point of view, Dr. Finkelstein's workshop has proven extremely useful and inspiring; but the conclusion to the discussions remains undecided. *In situ* assessment of situations of violence raises intricate questions that concern various factors, including (1) the nature of the sources upon which the appraisal is based; (2) the validity of the evidence; (3) the objectivity of the examiners tasked with reporting on the situation in light of international humanitarian law; (4) the impact of the historical context within which the conflict is to be placed; (5) the role of the international stakeholders; (6) and last but not least, how to best prepare the future: whether traditional justice (with sentencing) is the best conceivable option, or whether, alternatively, reconciliation (resolution) would be a sustainable option, and if so, under which conditions. None of these questions can be answered univocally, but the workshop with Dr. Finkelstein served as an opportunity to dig deeper into these questions.

Halle, 5 February 2017